

Resolution gegen die Zunahme der EU-Bürokratie

Der Verband Deutscher Fischereiverwaltungsbeamter und Fischereiwissenschaftler (VDFF) sieht eine Flut von Bürokratie auch auf die deutsche Binnenfischerei zukommen.

Zahlreiche in jüngster Zeit erlassene und noch geplante Regelwerke der Europäischen Gemeinschaft erscheinen ihm als viel zu weit gehend. Die Regelungswut der EU ist der deutschen Binnenfischerei abträglich und widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip.

Als besonders beispielhaft sind die Schutz- und Monitoringanforderungen zur Umsetzung der FFH-Richtlinie und die im Entwurf der Neufassung der Fischseuchenrichtlinie vorgesehene Genehmigungspflicht selbst für Freizeitfischzuchten. Auch die geplanten Prüf- und Genehmigungsverfahren für die Verwendung „nicht heimischer“ Arten in der Aquakultur gehören dazu.

Hier sollen sogar Karpfen und Regenbogenforellen betroffen sein - seit Jahrhunderten eingebürgerte Arten!

Diese Aufblähung des Bürokratismus überfordert die Praxis ebenso wie die Verwaltung und steht im Widerspruch zur erklärten Zielsetzung der gemeinsamen Fischereipolitik der EU, die Aquakultur zu fördern und die rückläufigen Erträge der Fangfischerei auf nachhaltige Weise zu kompensieren.

Der VDFF fordert daher alle Verantwortlichen in Bund und Ländern auf, an gemeinschaftsrechtlichen Regelwerken dahingehend mitzuwirken, dass das befürchtete Übermaß an Bürokratie verhindert und der Subsidiarität besonderes Gewicht eingeräumt wird.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Fischereiverwaltungsbeamter und Fischereiwissenschaftler e. V.

Schwerin, 07. 06. 2006